

In dieser Ausgabe:

- 2 Erfolgreicher Protest gegen Kündigungen bei Neuköllner Jugendhilfe.** Lucia Schnell berichtet.
- 3 „Wenn alle Beschäftigten sich wehren, sind wir unbesiegt.“** Rechtsanwalt Benedikt Hopmann zum „Fall Brigitte Heinisch“.
- 4 Mach' mit bei der LINKEN in Neukölln.**
- 6 Starkes Team der LINKEN für die BVV-Neukölln.**
- 7 Glücklich auf dem Tempelhofer Feld.** Betrachtung von Marlis Fuhrmann.
- 8 Höchste Eisenbahn.** Interview mit May Naomi Blank zum S-Bahn-Volksbegehren.

Wer kann am 18. September wählen?

Für die Berliner Wahlen am 18. September werden seit dem 4. August von den Bezirkswahlämtern Wahlscheine und Briefwahlunterlagen ausgegeben.

Ab diesem Termin gehen den Wahlberechtigten auch die Wahlbenachrichtigungen zu. Wahlberechtigt zum Abgeordnetenhaus sind alle Deutschen, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ununterbrochen in Berlin ihren Wohnsitz haben. Wahlberechtigt zur Bezirksverordnetenversammlung sind alle Deutschen und alle Unionsbürger und Unionsbürgerinnen, die am Tage der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben - das ist neu - und seit mindestens drei Monaten ununterbrochen in Berlin ihren Wohnsitz haben.

Das Bezirkswahlamt Neukölln befindet sich im Rathaus, Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln



**Menschen
vor Profite:
Mieten runter,
Löhne rauf!**

DIE LINKE.

Menschen vor Profite

Produziert wird, was Profit bringt. Wohnungen werden vermietet, um Profite zu erzielen.

Begehrlich schauen Investoren zum Tempelhofer Feld, um Pläne für Luxuswohnungen verwirklichen zu können und zugleich den Schillerkiez „aufwerten“ zu können. Jeder Euro zusätzlich wird bei Neuvermietungen von Wohnungen mitgenommen. Er steigert den Profit.

Es läuft grundfalsch: Nicht der Mensch und seine Würde, wie es im Grundgesetz heißt, steht im Mittelpunkt, sondern der Profit.

DIE LINKE will, dass sich das ändert: Menschen vor Profite! Für uns sind die Bedürfnisse der Menschen nach fairer Arbeit, einer bezahlbaren Wohnung und guter Bildung für die Kinder wichtiger als die Gewinne der Konzerne. Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Für diese Ziele tritt DIE LINKE auch bei den Wahlen am 18. September an.

Mieten runter!

Die Mieten sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als andere Kosten. Sie müssen wieder runter.

Die Altbaumieten sind seit 2000 von 3,78 Euro auf 5,08 Euro gestiegen. Im Neubau liegen sie noch höher. Bei Neuvermietungen, zum Beispiel im Reuterkiez werden durchschnittlich um 17 Prozent höhere Mieten verlangt. Bei „Geringverdienern“ fressen die Wohnkosten deutlich mehr als 30 Prozent der Einkommen. Hartz-IV-Betroffene fallen durch Mietsteigerungen immer schneller aus dem Rahmen, in dem die Wohnkosten gezahlt werden.

DIE LINKE will, dass die Wohnkosten „gedeckelt“ werden, Wohngeld muss in entsprechender Höhe gezahlt werden. Und Zwangsumzüge von Hartz-IV-Betroffenen müssen verhindert werden.

Ausführlich auf Seite 6

Löhne rauf!

Die Beschäftigten in Deutschland hatten in den letzten zehn Jahren Reallohnverluste von mehr als vier Prozent.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat zudem gerade festgestellt, dass die Löhne für die am schlechtesten bezahlten 40 Prozent der Beschäftigten sogar um zehn bis 20 Prozent gesenkt wurden. Und 75 Prozent der neuen Jobs im Aufschwung sind Leiharbeit, befristete oder Mini-Jobs. Mit der Angst der Beschäftigten werden die Löhne gedrückt. 1,42 Millionen Arbeitnehmer sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres arbeitslos geworden. „Die gute Konjunktur hat nicht verhindern können, dass noch mehr Menschen nach Job-Verlust auf Hartz-IV angewiesen sind als ein Jahr zuvor“, so der DGB.

DIE LINKE will, dass die Löhne steigen und kämpft für den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Sie setzt sich gegen Befristungen, Leiharbeit und Mini-Jobs ein und für ein sanktionsfreies Arbeitslosengeld II von 500 Euro statt Hartz IV.



Erfolgreicher Protest gegen Kündigungen bei Neuköllner Jugendhilfe

„Seltsam finden wir aus den Sozialeinrichtungen und Projekten vor allem eines: Bei diesen Protesten waren Jugendliche mit Migrationshintergrund beteiligt, von denen der SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky immer sagt, dass sie inaktiv seien und sich nicht integrieren wollten. Gerade daran, dass sie sich politisch einmischen, kann man doch sehen, dass sie sich sehr für die Gesellschaft interessieren und teilhaben wollen. Es ist doch so, dass Kosten für Bildung und Kultur für Jugendliche immer gut investiert sind.“

Alles, was Buschkowsky in diesem Bereich nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenstreicht, kann sich nur negativ auswirken – und insofern im Übrigen als Folge neue Kosten verursachen. Denn auf diese Weise schließt man Kinder und Jugendliche, die vielfach aus Hartz-IV-Familien stammen, komplett aus der Gesellschaft aus und schafft somit neue Probleme.“

Cigir Özyurt

Er ist Jugendsozialarbeiter

in der Initiative Grenzen-Los, wohnt in Neukölln

Quelle: Tageszeitung junge welt vom 16. Juli 2011

Es gilt, auch künftig den Kahlschlag in der Neuköllner Jugend- und Sozialarbeit zu verhindern.

Hunderte Kinder, Jugendliche, Eltern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus der Jugendhilfe versammeln sich am 13. Juli vor dem Neuköllner Rathaus. Sie forderten: „Buschkowsky, komm raus!“ Der Bürgermeister Buschkowsky (SPD) hatte den freien Trägern der Jugendhilfe zum Beginn der Sommerferien die Verträge gekündigt. Jugendclubs sollen schließen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen werden. Auch die Sozialarbeiter des Jugendamtes sollten für den Rest des Jahres keine Honorare mehr bekommen und ihre Arbeit einstellen.

Deshalb sind sie alle da: vom Mädchentreff für Roma „Schilleria“ über den Jugendclub des Rütlicam-



Vignette: Franz Zauleck

pus „Manege“, die Sozialstationen an den Schulen bis zur mobilen Jugendarbeit „Outreach“. Sie rufen in Sprechchören: „Wir alle bleiben, ihr könnt uns nicht vertreiben.“ Einige Jungs fordern auf ihrem selbst gemalten Transparent, 590 Millionen für das Berliner Stadtschloss zu kürzen statt vier Millionen in Neukölln.

„Atomkraft – nein, danke! Jugendclubs, ja bitte!“, steht auf dem Schild von Müttern mit Kopftüchern. „Wo sollen wir sonst hin? Auf die Straße?“ fragt ein Mädchen. Auch DIE LINKE und die Grünen haben ihre Fahnen mitgebracht. Keiner will die Kürzungen, alle wollen Zukunftschancen.

Als der Bürgermeister nach einer halben Stunde nicht aus dem Rathaus kommt, rennen mehr als 60 Schülerinnen und Schüler die Treppen des Rathauses hoch, um sich in der Sitzung der Bezirksverordneten Gehör zu verschaffen. Sicherheitsdienst und Polizei schubsen die Kinder, werfen mehrere zu Boden und verletzen Minderjährige.

Auch das Polizeiaufgebot nutzt Buschkowsky nichts. Er muss zurückrudern und die Kündigungen der Jugendhilfe zurücknehmen. Dies ist ein großer Erfolg des Protests

vor dem Rathaus, der unterdessen mit Sprechchören und Tanzeinlagen weitergeht. Es weht ein Hauch von den Massenprotesten gegen die Krise in Ägypten, Griechenland und Spanien über den Rathausplatz.

Doch Buschkowsky beschließt mit der SPD, CDU, FDP und Grauen, 3,5 Millionen Euro im Neuköllner Bezirkshaushalt zu kürzen. Auch die Verträge mit den Jugendeinrichtungen gelten nur bis Ende dieses Jahres. Sie sollen im Herbst neu verhandelt werden.

Die geplanten Kürzungen sind eine Kampfansage an alle Jugendeinrichtungen in Neukölln. Der Protest muss genauso kraftvoll weitergehen, wie er begonnen hat. DIE LINKE wird sich daran beteiligen. Denn Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt.

Lucia Schnell



Kinder und Jugendliche demonstrieren, dass sie sich für die eigene Zukunft einsetzen. Das sind ihre Stärken, die zu fördern sind.



Die geplanten Kürzungen im Neuköllner Bezirksetat sind eine Kampfansage an alle Jugendeinrichtungen in Neukölln.

„Wenn alle Beschäftigten sich wehren, sind wir unbesiegbar.“

Benedikt Hopmann zum „Fall Brigitte Heinisch“, der ein Fall Vivantes ist

Die Berliner Altenpflegerin Brigitte Heinisch wurde vor sechs Jahren vom Klinikbetreiber Vivantes fristlos entlassen, weil sie ihren Arbeitgeber wegen Betrugs angezeigt hatte.

Der permanente Personal-mangel im Altenheim führe zu schweren Mängel bei der Pflege, die nicht vereinbar seien mit dem, was die Krankenkassen, die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen erwarten dürfen, hatte sie in der Strafanzeige argumentiert. Frau Heinisch und ihr Rechtsanwalt Benedikt Hopmann klagten gegen die Kündigung. Alle deutschen Gerichte wiesen die Klage ab. Erst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied anders.

Was genau hat der Gerichtshof entschieden?

Benedikt Hopmann: Er hat entschieden, dass die deutsche Bundesregierung das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung verletzt, weil sie das Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg verteidigte. Er hat entschieden, dass Frau Heinisch nicht wegen ihrer Strafanzeige gegen den eigenen Arbeitgeber hätte entlassen werden dürfen.

Wie haben die Richter das Verhältnis zwischen den Unternehmensinteressen und denen der Öffentlichkeit gewichtet?

Der Rechtsform nach ist Vivantes ein privates Unternehmen, auch wenn es zu 100 Prozent dem Land Berlin gehört. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat erkannt, dass die offengelegten Informationen der Frau Heinisch von öffentlichem Interesse waren – in

einer Gesellschaft mit stärker wachsendem Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger, die auf Pflegeeinrichtungen angewiesen sind und wegen ihrer Verletzbarkeit oftmals nicht in der Lage sind, aus eigener Initiative auf Missstände in der Pflege aufmerksam zu machen. Hinter diesem öffentlichen Interesse muss das Unternehmensinteresse zurückstehen.

Frau Heinisch erhält von der Bundesregierung 15.000 Euro Schadensersatz. Bekommt sie auch ihren Arbeitsplatz zurück?

Frau Heinisch erhält ab dem 1. Dezember 2011 auf Dauer eine Rente wegen geminderter Erwerbsfähigkeit. Trotzdem werden wir ein Wiederaufnahmeverfahren beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg betreiben. Wir wollen, dass die Kündigung aus dem Jahr 2005 für unwirksam erklärt wird. Dann muss Vivantes Frau Heinisch so stellen, als wäre ihr nie gekündigt worden.

Was bedeutet dieses Urteil für andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Auch wenn es sich um eine Einzelfallentscheidung handelt, wird sie Wirkung auf alle Staaten entfalten, die sich der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unterworfen haben, also betrifft sie rund 800 Millionen Menschen. Diese Entscheidung wird in den nationalen arbeitsgerichtlichen Verfahren berücksichtigt werden müssen und den Schutz von Whistleblowern*, von Hinweisgebern und Informanten im öffentlichen Interesse, verbessern. Unsere Hoffnung ist, dass diese Entscheidung nicht nur von ihnen, sondern von allen abhängig Beschäftigten als eine Ermunterung

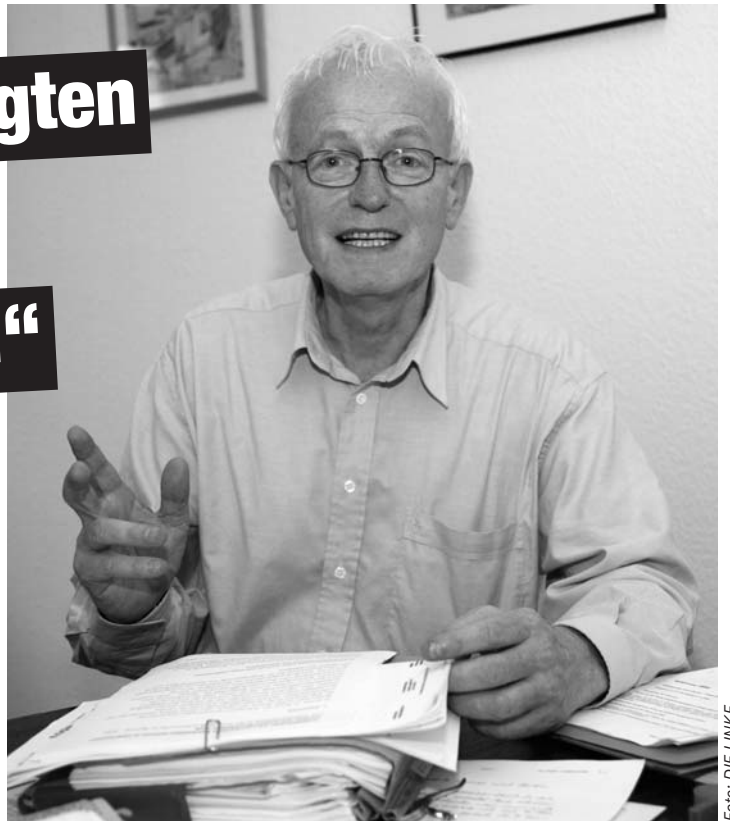


Foto: DIE LINKE

Rechtsanwalt Benedikt Hopmann beim Interview mit „Neu-Köllnisch“

verstanden wird, sich zu wehren. Frau Heinisch hat gezeigt, dass eine einzelne Altenpflegerin Großes bewegen kann. Wenn alle abhängig Beschäftigten sich wehren, dann sind sie unbesiegbar.

Welche Konsequenzen sollte die Politik aus diesem Urteil ziehen?

Zunächst einmal müssen die Unternehmensverbände und die CDU aufhören, Whistleblower als Denunzianten zu diffamieren. Whistleblower tragen aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse Missstände nach außen und machen sich damit verdient. Sie müssen besser geschützt werden. Allerdings mache ich mir

keinerlei Hoffnung, dass die aktuelle Regierung diesen notwendigen Schutz verbessern wird. Dazu ist sie zu sehr den Interessen der Unternehmensverbände verpflichtet. Die CDU ist dafür verantwortlich, dass schon in der vergangenen Wahlperiode eine entsprechende Gesetzesinitiative scheiterte.

Rechtsanwalt Benedikt Hopmann ist Spezialist für Arbeitsrecht. Vor einem Jahr verteidigte er erfolgreich die Berliner Kaiser's-Verkäuferin Emmely, der wegen eines 1,30-Euro-Pfandbons gekündigt worden war. Er ist Mitglied von DIE LINKE.Neukölln.

* Was ist ein Whistleblower?

Whistleblower sind Hinweisgeber und Informanten, die Missstände über illegales Handeln (Korruption, Insiderhandel, Menschenrechtsverletzungen, etc.) oder allgemeine Gefahren (verseuchte Lebensmittel, gefährliche Medikamente, etc.), von denen sie an ihrem Arbeitsplatz erfahren haben, an die Öffentlichkeit bringen. Whistleblower decken auf, informieren und warnen. Ohne Whistleblower wären viele Skandale nicht an die Öffentlichkeit gelangt. So machte die Tierärztin Magrit Herbst die Vertuschung der ersten Fälle von Rinderwahn (BSE) publik. Die Beamten Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim deckten die Steuerhinterziehung von Deutscher Bank und Commerzbank in Höhe von 500 Millionen auf. Der Atomphysiker Rainer Moormann informierte die Öffentlichkeit darüber, dass der Versuchsreaktor Jülich jahrelang unzureichend gegen überhöhte Betriebstemperaturen gesichert war. Auch Brigitte Heinisch ist eine solche Hinweisgeberin. Im Jahr 2007 erhielt sie von Vereinigung Deutscher Wissenschaftler den Whistleblower-Preis



Foto: KDH

Auftakt zum Wahlkampf für DIE LINKE in Neukölln am 30. Juli.

„Engagieren Sie sich für soziale Gerechtigkeit“

„Menschen vor Profite“ – das ist Motto der Partei DIE LINKE.

Für uns sind die Bedürfnisse der Menschen nach fairer Arbeit, einer bezahlbaren Wohnung und guter Bildung für die Kinder wichtiger als die Gewinne der Konzerne. Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir wollen dazu beitragen, dass Politik wieder der Mehrheit der Menschen in diesem

Land nutzt, den Kindern und Jugendlichen, den erwerbstätigen und erwerbslosen Menschen, den Rentnerinnen und Rentnern.

Dieses Ziel können wir nicht allein in Parlamenten realisieren, nicht im Deutschen Bundestag und auch nicht in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung. Wir sind auf das politische Engagement von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern und die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Gewerk-

schaften, Verbänden, Vereinen und Initiativen angewiesen.

„Verbunden werden auch die Schwachen mächtig“, schrieb der Dichter Friedrich Schiller vor vielen hundert Jahren. Tatsächlich: Nur wenn immer mehr Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und dabei mit anderen zusammenarbeiten, können wir diese Gesellschaft verändern. Die erfolgreichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten ermutigen uns: Ge-

meinsam könne die vielen Menschen, die heute noch ausgebeutet und entwürdigt werden, selbst den scheinbar mächtigsten Herrscher besiegen und mehr Menschlichkeit, Würde und Gerechtigkeit erkämpfen.

Wir laden Sie herzlich ein: Machen Sie mit, mischen Sie sich ein! Engagieren Sie sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden, für Neukölln.

Ich mache mit!

In Neukölln kämpft DIE LINKE für gute Arbeit und gute Bildung für alle, gegen steigende Mieten, gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes, für mehr Bürgerbeteiligung und gegen Rassismus. Du bist herzlich eingeladen, Dich daran aktiv zu beteiligen.

Ja, ich möchte in Neukölln im Wahlkampf mitmachen und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen!

Einfach den kurzen Fragebogen ausfüllen* und einsenden per Brief an DIE LINKE, Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, per Fax an 030 6135919 oder per Mail an bezirk@die-linke-neukoelln.de.

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail:

* Alle Angaben werden gemäß den strengen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) vertraulich behandelt.

Was? Ja, ich möchte...

- beim Plakatieren helfen
- in meiner Nachbarschaft Zeitungen verteilen
- an Infoständen mithelfen
- bei Aktivitäten vor dem JobCenter mitmachen **
- bei den Lautsprechertouren mitwirken ***
- an Aktionstagen teilnehmen ****
- folgende eigene Ideen einbringen

** Vom 29.8. bis zum 16.9.2011 verteilt DIE LINKE vormittags an jedem Werktag (außer mittwochs) Kaffee und Tee an die Menschen vor dem JobCenter am Kindl-Boulevard (U8 Boddinstraße).

*** Vom 29.8. bis 17.9. fährt DIE LINKE werktags von 17 bis 19 Uhr und samstags von 11 bis 15 Uhr mit einem bunten Lautsprecherwagen durch Neukölln. Startpunkt ist am Richardplatz 16 (U7 Karl-Marx-Straße).

**** Vom 13.8. bis zum 17.9. finden jeden Samstag ganztägige Aktionstage statt: Straßenkonzerte, Infostände, Plakataktionen und vieles mehr. Treffpunkt ist am Richardplatz 16 (U7 Karl-Marx-Straße).

Aus Neukölln direkt ins Abgeordnetenhaus



Gülaysan Karaaslan kandidiert im Wahlkreis 1 im Reuterkiez. Sie wurde 1966 in der Stadt Varto in Kurdistan (Türkei) geboren und lebt seit fast 25 Jahren in Berlin-Neukölln. Seit September 2004 ist sie Bezirksverordnete in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung. Zu ihren dortigen Arbeitsschwerpunkten zählen Migrations-, Bildungs- und Kulturpolitik.



Irmgard Wurdack kandidiert im Wahlkreis 2 im Nordwesten Neuköllns. Die Informatikerin wurde vor 41 Jahren im Nordosten Bayerns geboren und lebt seit vielen Jahren in Neukölln. Irmgard Wurdack arbeitet in mehreren Neuköllner Bündnissen gegen Rassismus mit und engagiert sich in Initiativen, die der Solidaritätsarbeit mit Palästina dienen.



May Naomi Blank kandidiert im Wahlkreis 3 in Rixdorf. Die 21-Jährige hat im letzten Jahr begonnen, Politikwissenschaften an der FU Berlin zu studieren. Missstände des deutschen Bildungssystems hat May selbst erlebt. Sie setzt sich mit der sozialistischen Studierendenorganisation Die Linke.SDS für tiefgreifende Reformen im Bildungsbereich ein.



Vincent Streichhahn kandidiert im Wahlkreis 4 in Buckow. Er wurde 1993 in Berlin geboren. Als Schüler eines Neuköllner Gymnasiums kennt er die Situation an den Berliner Schulen sehr genau. Vincent engagiert sich in zahlreichen außerparlamentarischen Initiativen: Er hat zum Beispiel die Teilnahme seiner Schule am Bildungsstreik organisiert.



Ruben Lehnert kandidiert im Wahlkreis 5 in der Gropiusstadt. Der 32-jährige Politikwissenschaftler lebt seit rund zehn Jahren in Neukölln. Einer seiner politischen Schwerpunkte ist der Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Er setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und einen besseren Kündigungsschutz ein.



Jörg Lelickens kandidiert im Wahlkreis 6 in Rudow. Der 44-Jährige ist gelernter Maler und Lackierer und lebt im Neuköllner Süden. Seit drei Jahren arbeitet er in einer Leiharbeitsfirma. Er ist Gewerkschafter in der IG BAU und kämpft für ein Verbot von Leiharbeit und für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

DIE LINKE Wahltour 2011 in Neukölln
am Dienstag, 13. September, ab 16 Uhr
auf dem Platz der Stadt Hof /Karl-Marx-Straße

mit Gregor Gysi, Harald Wolf
und den Neuköllner
Wahlkandidatinnen und -kandidaten

Termine: DIE LINKE.Neukölln

Gemeinsame Aktionstage des Bezirksverbandes DIE LINKE.Neukölln

Sonnabend, 13.8., ab 10 Uhr
Sonnabend, 20.8., ab 10 Uhr
Sonnabend, 27.8., ab 10 Uhr
Sonnabend, 3.9., ab 10 Uhr
Sonnabend, 10.9., ab 10 Uhr
Sonnabend, 17.9., ab 10 Uhr
Treffpunkt: DIE LINKE, Richardplatz 16

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 18.8., 19 Uhr
Donnerstag, 1.9., 19 Uhr
Donnerstag, 15.9., 19 Uhr
Donnerstag, 29.9., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Offenes Wahlkampfteam

Das Wahlkampfteam der Neuköllner LINKEN trifft sich ab August **jeden Mittwoch um 19 Uhr**. Gäste sind herzlich willkommen.
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 17.8., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29
Mittwoch, 31.8., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

Mittwoch, 14.9., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29
Mittwoch, 28.9., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29
Info-Stände jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor dem Kindl-Boulevard in der Hermannstraße.

BO Reuterkiez

Dienstag, 9.8., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation
Thema: Stoppt den Privatisierungswahn.
Allmende, Kottbusser Damm 25/26

BO Rixdorf

Donnerstag, 11.8., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf. „Mietpreisexlosion in Berlin – was kann man dagegen tun?“
DIE LINKE, Richardplatz 16
Donnerstag, 25.8., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf. „Bundeswehrwerbung an Schulen – Nein Danke!“
DIE LINKE, Richardplatz 16
Donnerstag, 8.9., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf. „Der Anschlag von Norwegen und der anti-muslimische Rassismus in Europa“
DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 22.9., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation Rixdorf. „Das Wahlergebnis von Berlin – welche Konsequenzen ziehen wir?“
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 9.8., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)
Info-Stand: Offener Wahlkampf
Dienstag, 16.8., 18 Uhr,
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)
Info-Stand: Offener Wahlkampf
Dienstag, 22.8., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)
Info-Stand: Offener Wahlkampf
Dienstag, 29.8., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)
Info-Stand: Offener Wahlkampf

AG Hartz IV

Mittwoch, 10.8., 17.30 Uhr
Thema: Wahlkampf in Berlin
DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Kultur

Montag, 5.9., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 10.8., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 24.8., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 14.9., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 28.9., 14 bis 16 Uhr
(siehe auch Information auf Seite 8)
DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 16.8., 11 bis 14 Uhr
Dienstag, 6.9., 11 bis 14 Uhr
Dienstag, 20.9., 11 bis 14 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Politisches Sommerkino in Neukölln

Freitag, 26.8., 19 Uhr
Geschäft mit dem Wasser
Filme „Wasserkrieg“ und „Water Makes Money“ (siehe auch Seite 7)
Freitag, 30.9., 19 Uhr
„Texas Kabul“
DIE LINKE, Richardplatz 16

Weitere Termine im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de

Ein starkes Team für die BWV-Neukölln

DIE LINKE.Neukölln hat ein starkes Team für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung aufgestellt.

Erfahrene und „Neue“ bewerben sich am 18. September um die Wahl in die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung. Alle kennen sich im Bezirk aus. Sie sind im besten Sinne Experten „von unten“.

Marlis Fuhrmann bringt ihre langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Stadtentwicklung ein. Viele Initiativen zur Nutzung des Tempelhofer Feldes tragen ihre Handschrift. **Thomas Licher** arbeitet ebenso wie **Ulrike Albrecht** im Gesundheitswesen. Die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, insbesondere mit Fachärzten, ist ihnen Herzenssache. **Erika Mourgues** hat sich bereits als Bürgerdeputierte mit den Problemen des



Marlis Fuhrmann

Bildungswesens im Bezirk beschäftigt und ist bereit, dies als Bezirksverordnete fortzusetzen. **Christian Posselt** gehört als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN bereits der gegenwärtigen BVV an. Seine Erfahrungen werden einen sicheren Start und Umgang mit der Bezirksverwaltung sichern. **Doris Hammer** und **Franziska Lorenz-Hoffmann** sind seit längerer Zeit in der Arbeitsgruppe Hartz IV aktiv. Franziska Lorenz-Hoffmann wird



Thomas Licher

von vielen Hartz-IV-Betroffenen als „die gute Seele vom Jobcenter“ genannt. **Sven Prager** gehört ebenso zu den Kennern der Hartz-IV-Problematik wie **Hendrik Walther**. Er hat sich als Politologe und Kriminologe besonders mit den Folgen der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und der Privatisierungspolitik auseinandergesetzt. **Eugen Koch** ist der Mietexperte im Team, auch dank seiner langjährigen Tätigkeit in der Mieterbewegung. **Marijam Sarias-**



Erika Mourgues

iani ist in Initiativen und Bündnissen aktiv, die sich für das gute Zusammenleben der Neuköllnerinnen und Neuköllner aller Nationalitäten und gegen Rassismus einsetzen. Besonders richtet sich ihr Engagement gegen antimuslimischen Rassismus. Das Team wird komplett mit **Sandra Boden**, die für Forderungen der Ökologiebewegung einsetzt und mit **Knut Geipel**, der als Musikspezialist kulturell wirkt.

Mietenexplosion stoppen



Foto: KDH

Teile von Nord-Neukölln, wie am Reuterplatz und der Weserstraße, werden zum Szenekiez. Die Mieten steigen. Bei Neuvermietungen werden durchschnittlich 17 Prozent mehr verlangt. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird attraktiv. Verbesserter Mieterschutz ist notwendig.

Die Mieten sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als andere Kosten. Fragen an den Mietrechtsexperten Eugen Koch:

Was will DIE LINKE unternehmen, um die Mieten zu stoppen?

Eugen Koch: Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverhältnissen müssen stärker begrenzt werden. Ohne Wohnwertverbesserung sollen Mieterhöhungen nur als Inflationsausgleich zulässig sein.

Die Mieten sind in allen Haushalten der größte Posten. Will DIE LINKE eine Grenze markieren?

Die Wohnkosten, also inklusive der so genannten Nebenkosten, dürfen höchstens 30 Prozent des Nettoeinkommens betragen. Das Wohngeld soll jährlich so angepasst werden, dass Mietsteigerungen ausgeglichen werden können.

Mieten steigen vor allem nach Modernisierung und Sanierung. Was will DIE LINKE dagegen tun?

Die Möglichkeit, die Kosten der Modernisierung auf die Mieterinnen und Mieter abzuwälzen, soll aus dem Mietrecht gestrichen werden. Als erster Schritt sollte die Modernisierungsumlage auf fünf Prozent

Entwicklung der ortsüblichen Vergleichsmieten 2000 bis 2011



Obere Kurve: Durchschnittliche Entwicklung (Neubau), mittlere Kurve: Durchschnittliche Entwicklung (alle), untere Kurve: Durchschnittliche Entwicklung (Altbau).: Institute GEWOS, A&K und F+B aus Mietspiegel 2000 bis 2011, Berechnungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

begrenzt werden. Durch energetische Sanierungen dürfen keine unzumutbaren Härten für Mieter entstehen.

Mietsteigerungen haben bei vielen Hartz-IV-Betroffenen dazu geführt, dass die Wohnkosten inzwischen über den Richtlinien liegen. Zwangsumzüge drohen. Was sagt DIE LINKE dazu?

Zwangsumzüge von Hartz-IV-Betroffenen müssen verhindert werden. Die Richtlinien des Landes Berlin sind so zu verändern, dass die tatsächlichen Mietkosten übernommen werden.

Wohnungen werden knapp, auch in Neukölln gibt es kaum noch Leerstand. Was will DIE LINKE einer neuen Wohnungsnot entgegenzusetzen?

Preiswerter Wohnraum für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen muss neu geschaffen werden. Das Zweckentfremdungsverbot, welches untersagt, dass Wohnungen zu Gewerberäumen deklariert werden, ist wieder in Kraft zu setzen.

Eugen Koch kandidiert für DIE LINKE zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung

Glücklich auf dem Tempelhofer Feld

Was braucht die Berlinerin oder der Berliner, um glücklich zu sein? Oft nur das Tempelhofer Feld!

Wer am Abend oder besser noch am Wochenende auf das Gelände geht, genießt gemeinsam mit vielen anderen Menschen: Da wird spazieren gegangen und Sport getrieben, gegrillt und gegärt. Alles friedlich nebeneinander. Wachsschutz und Zaun braucht es nicht. Die große Freifläche lässt Urlaubsfeeling aufkommen. Der Wind weht wie am Meer, am Boden blühen Kräuter und trotzdem ist die

Stadt nicht fern. Besonders beliebt sind die Sportplätze am Columbiadamm und der Biergarten samt luftiger Halle. Weitere schattige Bereiche und Sitzgelegenheiten am Rand des Feldes wünscht man sich. Sie sind wichtig für Menschen, die nicht weit laufen können oder wollen. Dazu gehören Seniorinnen und Senioren sowie Familien mit kleinen Kindern, aber auch Gruppen aus dem Kiez. Für sie könnte entlang der Oderstraße der während der Luftbrücke abgeräumte Spiel- und Sportpark wieder entstehen. Nicht genauso wie er war, aber als Basis für kostenlose

und dauerhafte Freizeitangebote. Und nicht als Platzhalter für eine künftige Bebauung!

Doch der Senat hat andere Pläne: Er will bauen. Mit einer Garten- und einer Bauausstellung sollen Investoren umworben werden, schließlich Gewerbe und Wohnbebauung folgen. Auf dem ehemaligen Flugfeld Johannisthal im Nachbarbezirk Treptow ist dies schon Realität: Dort bauen die gleichen Projektentwickler einen Park zu. Zum Glück formiert sich beim Thema Tempelhofer Feld öffentlicher Protest und zwingt den Senat in die Defensive.

DIE LINKE Neukölln lehnt als einzige Partei eine Bebauung des Tempelhofer Felds ab. Wir wollen keine teuren und überflüssigen Ausstellungen, keine Erschließung über Naturschutzflächen und durch den Schillerkiez. Stattdessen soll der naturnahe Park der Erholung dienen und allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlos offen stehen. Und die große Freifläche soll weiterhin das Stadtklima verbessern.

Marlis Fuhrmann kandidiert für DIE LINKE zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung

Hobrechtstraße: Die Buchkönigin hält Hof

Seit September letzten Jahres hält in der Neuköllner Hobrechtstraße 65 Die Buchkönigin Hof.

Im Gegensatz zu den großen Buchhandelsketten gibt es in dem liebevoll eingerichteten Laden von Hannah Wiesehöfer und Nina Wehner neben Klassikern und Neuveröffentlichungen aus den Bereichen Sachbuch und Belletristik auch eine große Auswahl an Titeln aus unabhängigen Kleinverlagen. Hinzu kommt ein sehr breitgefächertes Angebot an preisgünstigen Second-Hand-Büchern sowie allerlei Lesestoff für Kinder. Auch eine ausführliche und fach-

kundige Beratung ist hier selbstverständlich.

Zum Neuköllner Kulturfestival 48-Stunden-Neukölln fand vor dem Laden ein Lesemarathon statt. Berliner Autorinnen und Autoren gaben sich die Klinke, beziehungsweise das Mikro in die Hand. Das Publikum harpte und lauschte trotz zeitweiligem Regen. Platz nehmen konnten die zahlreichen Gäste auf der neuen „Bücherbank“ (Bücher in Kunstharz gegossen), die ein benachbarter Künstler als Live-Performance vor dem Laden errichtet hatte.

Juliane Beer Die „Bücherbank“



Foto: Juliane Beer

Sommerkino: Geschäft mit dem Wasser

Die UN mahnen, der Wassermangel werde schon bald die Weltpolitik bestimmen.

Wasser sei das Öl des 21. Jahrhunderts prophezeit ein US-amerikanisches Wirtschaftsmagazin. Bei weltweit knapper werdenden Wasserressourcen privatisieren immer mehr Gemeinden ihre Wasserversorgung. Mit verheerenden Folgen. Das Sommerkino Neukölln zeigt am 26. August die Filme „Water Makes Money“ und „Wasserkrieg“ über die Wasserprivatisierung in Frankreich und Bolivien.

In Bolivien tobte zur Jahrtausendwende der Wasserkrieg: Nachdem in Cochabamba das Trinkwasser privatisiert wurde, kam es zu einer Preissteigerung von über 300 Prozent. Vor allem die indigene Bevöl-

kerung, die überwiegend von der Landwirtschaft lebt, bedroht das in ihrer Existenz. Sogar das Sammeln von Regenwasser sollte den Bolivianern verboten werden. Dies führte Anfang 2000 zu heftigen Protesten, einem Generalstreik und der Verhängung des Kriegsrechtes über die Stadt. Von diesem Kampf erzählt „Wasserkrieg“.

„Sie haben den Wasserpreis angehoben, die Qualität des Wassers verschlechtert, die Wartung und Erneuerung des Netzes reduziert“, zieht der ehemalige stellvertretende Bürgermeister von Grenoble, Raymond Avrillier, Bilanz aus der Wasserprivatisierung in Frankreich. Der Film „Water Makes Money“ zeigt, wie die französischen Wassermultis VEOLIA und SUEZ ihren globalen Erfolgskurs finanzieren.



Volksbegehren Wasser in Berlin.

Die beiden Großkonzerne haben versucht, die Ausstrahlung des Filmes auf dem deutsch-französischen Fernsehsender arte durch das höchste französische Verwaltungsgericht verbieten zu lassen, so haarstäubend sind die Praktiken

die in „Water Makes Money“ aufgedeckt werden.

Die Wasserprivatisierung ist ein globaler Trend mit lokalen Auswirkungen. RWE und Veolia haben mit dem Berliner Wassergeschäft in den vergangenen zehn Jahren hohe Profite erzielt. Gestärkt durch den erfolgreichen Volksentscheid vom 13. Oktober fordert der Berliner Wassertisch die Rekommunalisierung der Stadtwerke und plant eine Massenklage gegen die Privatisierungsverträge. Im Anschluss an das Sommerkino soll über die Parallelen der Konflikte um die Versorgung mit Trinkwasser diskutiert werden. *Die Filmvorführung am Freitag, dem 26. August, beginnt um 19 Uhr in den Räumen der LINKEN am Richardplatz 16 in 12055 Berlin. Der Eintritt ist frei.*

Neu-Köllnisch

AUGUST/SEPTEMBER 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 4.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6 13 59 19

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 2.8.2011

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 23.9.2011

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechts- beratung

DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Allerhöchste Eisenbahn

Volksbegehren zur Rettung der Berliner S-Bahn gestartet

Seit Jahren herrscht bei der Berliner S-Bahn Chaos, jetzt startet ein Volksbegehren, das die Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn verhindern will. Weshalb DIE LINKE.Neukölln das Volksbegehren unterstützt, erklärt May Naomi Blank.

Was stimmt nicht mit der S-Bahn?

May Naomi Blank: Das Chaos ist offensichtlich: Viele Züge sind nicht einsatzfähig, zeitweise lagen ganze Linien lahm, die Fahrgäste müssen ewig auf den zugigen Bahnsteigen warten und sich in überfüllte Züge drängen. Wenn der Notfallplan vom Notfallplan herrscht, dann läuft eindeutig was schief.

Und woran liegt das?

Die Deutsche Bahn will das Unternehmen profitabler machen, um es dann später möglichst gewinnbringend zu verkaufen. Konkret heißt das: weniger Reparaturarbeiten, Abbau der S-Bahnbelegschaft und Schließung von Werkstätten. Die Berliner S-Bahn ist ein trauriges Beispiel dafür, wie ein jahrzehntelang gut funktionierendes Verkehrsunternehmen kurzfristigen Profitinteressen zum Opfer fällt. „Pünktlich wie die Eisenbahn“ – dass das Sprichwort mal als Lob gemeint war, kann sich heute keiner mehr vorstellen.

Kam da nicht aus der Politik ein mahnendes Wort?

Kaum. Die Bundesregierungen der letzten zehn Jahre haben den



Foto: Fanny Stolz

Die Berliner S-Bahn gibt den Takt und den Rhythmus für die Stadt. Die Privatisierung wäre eine Katastrophe für die Berlinerinnen und Berliner.

Börsengang der Bahn unterstützt. Auch der Berlin Senat hat in der Vergangenheit wenig unternommen, um als Vertragspartner der S-Bahn die Belange der Kundinnen und Kunden zu vertreten. Deshalb ist es gut, dass die Leute jetzt selbst aktiv werden und für die Rettung der S-Bahn als öffentliches Unternehmen eintreten. Wir von DIE LINKE.Neukölln unterstützen sie dabei.

Was ist eure Vorstellung für eine funktionierende S-Bahn?

Wir lehnen jede Privatisierung oder Zerschlagung der S-Bahn ab. Die S-Bahn muss in öffentlicher Hand bleiben, um zu garantieren, dass sie zuverlässig, bezahlbar und kundenfreundlich ist. Das Personal muss ordentlich bezahlt werden und neues Personal soll eingestellt werden. Und ganz wichtig: eventuelle Gewinne müssen wieder in den Betrieb investiert werden.

Weitere Informationen im Internet www.die-linke-neukoelln.de und www.s-bahn-tisch.de

Kommentar:

Keinen Fußbreit für Rassisten und Rechtspopulisten

Die Antwort auf die rassistische Bluttat von Oslo und Utøya kann nur lauten: Keinen Fußbreit für Rassisten und Rechtspopulisten. Als „Motiv“ nannte der selbsternannte Kreuzritter Anders B.: Muslime in Allianz mit Multikulturalisten, in erster Linie Marxisten, seien dabei, die europäischen Kulturen zu unterwandern und zu zerstören. Tausende Tote und Verletzte seien „zur Verteidigung der europäischen Kultur“ hinzunehmen. Wie kommt das in den Kopf eines 32-Jährigen und mit Bomben und Schüssen wieder heraus? Ohne ein rechtspopulistisches Milieu in dem

falsche Generalisierungen über „gute“ und „schlechte“ Kulturen ihren Nährboden haben, wären die Attentate von Oslo und Utøya nicht denkbar. Dieses Milieu gibt es auch hierzulande. Es wird befördert durch Stichwortgeber, die ihre Thesen in Medien mit hoher Auflage und großen Buchstaben verbreiten können. Wie war das mit den Muslimen, „die immer nur neue Kopftuchmädchen produzieren“? Oder, dass türkische und arabische Migranten sich wirtschaftlich „nur um den Obst- und Gemüsehandel“ verdient machten. Wie ist das mit dem „Kopftuchverbot“?

Auch bei uns zielt Hass von Rassisten, Rechtspopulisten und Rechts-extremisten gegen Muslime und Linke. Angriffe, auch Brandanschläge wie gegen das Britzer Haus der Falken, auf antifaschistische Projekte, auf Büros der LINKEN tragen die Handschrift von Rechts-extremisten. Deshalb: Die Antwort auf die rassistische Bluttat von Oslo kann nur lauten: Keinen Fußbreit für Rassisten und Rechtspopulisten. Aber alles für ein gutes, solidarisches Zusammenleben aller Neuköllnerinnen und Neuköllner.

Klaus-Dieter Heiser